Die Polenfrage vor der Entscheidung

von

Georg Cleinow

1.—4. Tausend



Sonderabdruck aus „Die Grenzboten“, 1918, Heft 19
Berlin SW. 11, Verlag der Grenzboten G. m. b. H.

Preis 1 M.

Dynastische Interessen haben in Deutschland insoweit Berechtigung, als sie sich dem allgemeinen nationalen Reichsinteresse anpassen. Bismarck.



Nach fast vierjährigem Ringen haben unsere glorreichen Armeen den Wall der Feinde zurückgedrängt und so unterwühlt, daß er im Osten in sich zusammensank. Schritt um Schritt nähern wir uns dem heißersehnten Zeitpunkt, wo wir das Wort Frieden mit gutem Gewissen wieder aussprechen und daran unsere Wünsche für die Zukunft der Nation knüpfen können. Aber wir haben uns auch dem Zeitpunkt genähert, in dem die Führung des Verkehrs mit unseren Feinden aus den bewährten Händen der großen Armeeführer Hindenburg und Ludendorff hinübergleitet in die Tastorgane der Diplomatie: wir gleiten allmählich in den Zustand, wo die fest umrissenen, klaren militärischen Gesichtspunkte abgelöst werden durch die zahlreichen unkontrollierbaren, durcheinanderstrebenden wirren und verwirrenden der Politik. An unserer Ostfront hat dieser Übergangsprozeß schon eingesetzt lange bevor eine entsprechende militärische Entscheidung vorlag. In Polen hielt die Politik sogar bereits ihren Einzug, noch ehe die Armeen recht eigentlich festen Fuß in Feindesland gefaßt hatten. Schon im Herbst 1914, während die Armee Dankl nach der furchtbaren Niederlage von Krasnik nur durch das Eingreifen und den Opfermut unserer wundervollen schlesischen Landwehr, sowie durch die Preisgabe Ostpreußens völliger Zerschmetterung entging, zog die österreichisch-polnische Diplomatie in Russisch-Polen ein, die deutsche Reichsleitung zu Maßnahmen drängend, die in direktem Widerspruch zu dem Geist stehen, aus dem die Taten der Schlesier erwachsen sind. Schon im Winter 1914/1915 kam jener Vertrag zu Kattowitz zustande, der eine Eisenbahnlinie, also ein künstlich geschaffenes Mittel des Verkehrs, auf weite Strecken zur politischen und wirtschaftlichen Grenze machen konnte und es ermöglichte, daß hinter einer deutschen Armeegruppe fremde Verwaltung und das Etappengebiet polnischer Legionäre eingerichtet werden konnten! Solange die militärische Musterverwaltung von Ober-Ost in Polen herrschte, gelang es zwar militärischen Gesichtspunkten in der Behandlung polnischer Dinge den Vorrang zu erhalten; nach der plötzlichen und überraschenden Ausschaltung der Hindenburg und Ludendorff aus dem von ihnen eroberten Gebiet zurzeit der Ära Falkenhayn und Schaffung des Generalgouvernements Warschau errang sich die Politik den entscheidenden Einfluß, und jetzt sind wir scheinbar so weit, daß die Armeeleitung kämpfen muß, um den militärischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung der Polenfrage überhaupt nur Berücksichtigung zu verschaffen.

Wenn es dazu gekommen ist, so ist das in erster Linie zurückzuführen auf die Kompliziertheit des mit dem polnischen Problem verbundenen Fragenkomplexes, wenn auch durchaus nicht nur sachliche Notwendigkeiten oder Abhängigkeiten mitgewirkt haben.

* * *

Die Polenfrage ist, ich habe darauf schon wiederholt in den „Grenzboten" hingewiesen, das Zentralproblem aller der Fragen, die durch den Zusammenbruch der deutsch-russischen Freundschaft brennend geworden sind. In der Polenfrage treffen sich die verschiedensten Interessen. Sie greift tief ein in die innere und auswärtige Politik Preußen-Deutschlands, in soziale Arbeiterfragen ebenso, wie in nationale Kulturfragen des Deutschen Reiches, in die Verfassungsfragen Preußens und selbstverständlich auch in unsere Beziehungen zu den Staaten, die auf ehemals russischem Boden zu entstehen beginnen, in die Verhältnisse besonders der Randstaaten, die wir als einen neuen Schutzwall an unserer Ostgrenze zu errichten gedenken und nicht zuletzt in unser Bundesverhältnis mit Österreich-Ungarn. Und durch ihre Vielgestaltigkeit ist der Begriff polnische Gefahr wirklich kein leerer Wahn!

Die Bedeutung der Polenfrage und die Größe der mit ihr zusammenhängenden Gefahr liegt nun, um es gleich vorweg zu nehmen, nicht in dem Umstande, daß die Polen uns hassen. Aus gewissen Äußerungen der deutschen Publizistik könnte solches gefolgert werden. Der Haß im Völkerleben ist selbst da, wo er den halb tierischen Instinkten des Wilden entspringt, immer eine sekundäre Erscheinung, die ihre Lebenskraft aus den Reibungen schöpft, die wirtschaftliche Kämpfe und politische Interessengegensätze täglich neu erzeugen. Die Bedeutung und der Kern der Polenfrage liegt in der Tatsache, daß die Polen sich stark genug fühlen, **gegen** unser Interesse und **im Bewußtsein dieses Interessengegensatzes** einen eigenen Staat, für den sie deutsch gewordenes Territorium in Anspruch nehmen, wieder aufzurichten, nachdem die Geschichte vor hundertfünfzig Jahren das Verdikt über den alten Polenstaat gesprochen hatte. Erst in dem Kampf um dieses Ziel hat sich jene Stimmung im polnischen Volk herausgebildet, die uns als Haß allerorten entgegentritt, als ein von weitblickenden Patrioten künstlich weiter entwickelter Haß, der im geeigneten Moment als heilige Flamme alles versengen soll, was dem polnischen Wollen sich entgegenstellt. Nehmen wir diese Tatsachen nüchternen, unbeirrten Sinnes hin, so werden wir auch die Linien der polnischen Politik klar erkennen und einen Begriff davon bekommen, was von unserer Seite mit eiserner Ruhe und Folgerichtigkeit geleistet werden muß, um die polnischen Interessen mit den unsrigen in Einklang zu bringen.

Es ist bei einer solchen Zielsetzung auf polnischer Seite selbstverständlich, daß an einen deutsch-polnischen Ausgleich, an eine Verständigung zwischen Polen und Deutschen nicht gedacht werden kann, solange das Deutsche Reich fortfährt, seine Grenzen von 1871 zu verteidigen und solange Preußen ein einheitlicher Nationalstaat bleiben will. Der Gegensatz würde selbst dann bestehen bleiben, wenn die deutsche Regierung den Weg zu einem internationalen Staatenbunde betreten wollte und zu diesem Zweck die Monarchie der Demokratie opferte. Der Kampf der Polen gegen die Deutschen ginge weiter, nur mit dem Unterschiede, daß dann die Stellung der Polen der unserigen weit überlegen und der Ausgang des Kampfes für das Deutschtum hoffnungslos gemacht worden wäre. Die Polen werden nicht aufhören, nach einer Selbständigkeit zu streben, die nur auf Kosten der Errungenschaften des Deutschtums in der preußischen Ostmark denkbar ist. Ein polnischer Staat, ob völlig selbständig oder als Glied einer europäischen Staatengemeinschaft, ist nur lebensfähig, wenn er sich auf den Kulturgütern auf-

bauen kann, die die Deutschen den Polen gegeben haben. Das lehrt die Polen ebenso die Einwirkung der Reformation auf ihre Entwicklung, wie die moderne Befruchtung ihrer Kultur durch unsere Kolonisten und Industrieunternehmer im Weichselgebiet. Die Pflanzstätte des polnischen Bürgertums, wie des Bürgertums überhaupt, ist noch immer die Stadt, für die Polen insbesondere die judenfreie Stadt. In der preußischen Ostmark ist nach Abwanderung der Juden aus den Städten ein stärkerer polnischer Mittelstand geworden, als er vor Ausbruch des Krieges in Russisch-Polen vorhanden gewesen. Der polnische Mittelstand Rußlands befindet sich in Litauen, in der industriellen Ukraina und in den Großstädten Moskowiens. Im Weichselgebiet ist der Boden für Mittelstandsbildung durch den Krieg und den Friedensvertrag mit Rußland erheblich verschlechtert worden. Die Lodzer Industrie, deren sich das Polentum in immer stärkerem Maße bemächtigte, ist tot und dürfte nur unter künstlich zu schaffenden Voraussetzungen neu entstehen. So ist die Vereinigung der preußischen Provinzen Westpreußen, Posen, Schlesien mit Russisch-Polen nicht nur das Ziel der Romantiker und Träger der großstaatlichen Piasten-Idee, sondern eine nüchterne Forderung aller der modernen Polen, die auf dem Boden des Programms vom inneren Wiederaufbau der Nation stehen.

* * *

Der moderne Inhalt des Begriffs Polenfrage ist somit: **Kampf um den künftigen Besitz der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien.** — Noch haben wir das von den Vätern Ererbte in täglich neuem Kampfe zu erwerben, um es zu besitzen!

Die Polen sind sich dessen bewußt, daß ihr Ziel nur auf Umwegen zu erreichen ist, da nur ein völlig zu Boden geschmettertes Deutschland sich bereit finden könnte, Landesteile, wie die vier genannten Provinzen, national preiszugeben. Die Polen waren sich auch immer bewußt, daß sie für die Vereinigung würden Gegenleistungen aufbringen müssen. Aber sie waren sich lange Zeit hindurch nicht einig darüber, in welcher Richtung sie würden Entgegenkommen zeigen müssen. Erst die internationale Politik Eduards des Siebenten zeigte ihnen den Weg: Einkreisung Deutschlands! Dazu: Anschluß an die Ententemächte, — Zermürbung des Dreibundes, — slawischer Bund unter russischer Führung, — Verständigung mit Rußland. — In dem sicheren Glauben, daß Deutschland dem Druck einer solchen Vereinigung von Kräften nicht werde widerstehen können, in der Hoffnung auch auf die geringe Widerstandskraft Österreich-Ungarns, sind die Polen das Bündnis mit Rußland eingegangen und waren nach langen diplomatischen Kämpfen im Jahre 1912 bereit, dafür folgendes zu zahlen:

1. die Preisgabe ihrer Ansprüche auf Litauen und Weißrußland, wo sie zwar kulturellen Einfluß hatten, aber politisch längst ausgeschaltet waren,
2. die Preisgabe des Gouvernements Suwalki und des Cholmer Landes, endlich
3. die Preisgabe aller Ansprüche auf das erst zu erobernde Ostgalizien.

Rußland bot den Polen dafür zunächst die Verwaltungsautonomie im Weichselgebiet und, seit es zum Kriege gegen Deutschland entschlossen war, die Angliederung Westpreußens, Posens und Schlesiens bis zur Oder, nebst Oberschlesien.

Kaum war dieser Plan durch das Vordringen der deutschen 9. Armee in Frage gestellt, so wurde die austro-polnische Lösung der Polenfrage, die selbstverständ-

lich auch schon im Frieden unter den klerikalgerichteten Kreisen und einigen Außenseitern Anhänger hatte, in den Vordergrund geschoben. Die Polen, die nach der Einnahme von Lodz Wortführer der Politik wurden, begnügten sich zunächst mit einer Verbindung Galiziens mit dem Weichselgebiet. Aber ein offiziöser Artikel des Obersten polnischen Nationalkomitees im „Kurier Wiedenski" führte offenherzig aus, daß damit die Polenfrage nicht etwa begraben werde, daß vielmehr lediglich eine Stufe erklommen werden solle, von der aus zu geeigneter Zeit die Vereinigung mit allen übrigen ehemals polnischen Landesteilen betrieben werden würde. Mit dem Zusammenbruch Rußlands nahmen die Polen selbstverständlich ihre Ansprüche auf Litauen und Weißrußland gleich wieder auf.

Das neue Programm mußte von unserer Seite, ganz abgesehen von allen historischen Erinnerungen, die damit lebendig wurden, mit um so größerem Mißtrauen aufgenommen werden, als die Polen nun nicht einmal auf ihre Verbindungen mit der Entente verzichteten, sondern bis auf den heutigen Tag die Ententemächte als Schutzpatrone gegen Deutschland und zur Sicherung ihrer Ansprüche, die sie auf der Weltfriedenskonferenz vorzubringen denken, betrachten. In aller Erinnerung ist noch der dreiste Versuch des Warschauer Regentschaftsrates, eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen, und jedem Deutschen müßten die Worte des Abgeordneten von Trampczynski in den Ohren klingen, der es im preußischen Abgeordnetenhause wagte, **für die staatsrechtliche Stellung der preußischen Polen internationale Garantien zu fordern!** Der Krieg traf die Polen aller Anteile in ihren anerkannten Führern geeint in dem Glauben an die Niederlage der Mittemächte, in dem Glauben an den Sieg der Entente und in der Hoffnung auf die Revolution in Rußland.

Wir wissen alle, daß die Rechnung der Polen nicht stimmt. Durch den Frieden von Brest-Litowsk ist fast alles Gebiet, das einmal zum alten Polenstaate gehörte, von Rußland in der einen oder anderen Form abgesprengt. Das alte Rußland liegt zertrümmert am Boden, und die Revolution ist weiter gegangen, als es die Polen, die sich gern mit einem bürgerlichen Revolutiönchen begnügt hätten, das lediglich den deutschen Einfluß in Rußland beseitigte, wünschen konnten. Nicht die Entente hat über uns gesiegt! Wir haben sie zwar im Augenblick noch nicht völlig zu Boden geworfen, — im Osten aber sind wir Sieger! — militärische Sieger! Die Frage ist, ob wir auch die politischen Sieger sein sollen.

* * *

Allen Lehren, die der Krieg ihnen gebracht haben sollte, zum Trotz, leben die Polen auch heute noch in der Meinung, die militärische Karte, wie sie der Friede von Litauisch-Brest gezeichnet hat, werde keinen Bestand haben, vielmehr durch den allgemeinen Friedensschluß erheblich zu ihren Gunsten verändert werden. Allein durch diese Stellungnahme bezeugen sie, daß sie nicht unsere Freunde ohne Vorbehalt sein wollen, oder politischer ausgedrückt, daß sie ihre Interessen nicht mit den unseren verbinden wollen, sondern sie im bewußten Gegensatz zu uns durchsetzen. Daher ist ihre Politik darauf gerichtet, soviel Atouts in die Hand zu bekommen, wie nur möglich, um sie gegen denjenigen auszuspielen, der ihren Zielen am meisten im Wege steht, und das sind die Deutschen!

Wenn man nicht zufällig Deutscher wäre, so würde einem die aufmerksame Beobachtung des polnischen Spieles, ihre große Einmütigkeit trotz scheinbarer innerer Zerrissenheit, die Art der Rollenverteilung und die rücksichtslos mutige Art ihres Zugreifens im richtigen Augenblick, einen gewissen Genuß bereiten. Was die Polen in den letzten vier Jahren diplomatisch geleistet haben, ist bewunderungswert. Dank der Zerfahrenheit bei uns gab es Stunden, in denen sie hoffen konnten, den Lorbeer des Sieges um die Stirnen ihrer Führer winden zu dürfen. Dabei war ihre Politik als Ganzes betrachtet nicht etwa hinterhältig, — natürlich nur für den nicht, der sie in allen ihren Teilen zu überwachen vermochte. Im Gegenteil, sie war offen, selbstsicher, in ihrem Freimut uns gegenüber fast beleidigend! Sie traten auf wie Menschen, die sich als Herren der Lage fühlen und bereits die letzten Konsequenzen im voraus gezogen haben. Mit einem Wort: Die Polen fühlen sich uns politisch überlegen! Das ist das Geheimnis ihrer Politik und ihrer Erfolge!

Und es gibt genug Gründe, die ihnen ein Recht zu ihrem Glauben zu geben scheinen. Ihre Kenntnis ist in unserer Lage sehr nützlich!

Zunächst die inneren Gründe. Die Grundlage des polnischen Selbstbewußtseins liegt in der Tatsache, daß die Teilungen nicht nur nicht vermocht haben, das polnische Volk im germanischen und ostslawischen Meer aufgehen zu lassen, daß die Polen sich vielmehr überhaupt erst unter dem Druck der Teilungsstaaten zu einer Nation im wahren Sinne des Wortes entwickelt haben. Vor hundertfünfzig Jahren war es die dünne Adelsschicht, die die polnische Nation repräsentierte; heute wird sie gebildet aus einer breiten, kinderreichen Bauernschicht und einem verhältnismäßig wohlhabenden Bürgertum als Träger des wirtschaftlichen Fortschrittes, und aus einer glühend patriotischen Intelligenz, sowie einem durch den Sozialismus als treibende Hefe gemischten Proletariat, das vor keiner Gewalttat und keiner Form von Auflehnung gegen tatsächliche und eingebildete Bedrücker zurückschreckt. Es ist bekannt, daß die polnische Sozialdemokratie ebenso wie die Nationaldemokratie im Gegensatz zu den demokratischen Parteien anderer Länder durchaus auf dem nationalen Boden steht. Daher hat der polnische Sozialismus trotz seiner Klassenkampfideale nicht die zersetzende Kraft des internationalen Sozialismus, wie ihn die Juden in Polen vertreten. Er ist vielmehr eines der Elemente, die sich den Polen zur Verfügung gestellt haben, um die nationale Glut zu schüren. Der Grund für diese Erscheinung liegt in der Tatsache, daß die polnischen Sozialisten sich bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen nicht der eigenen Rasse, sondern vorwiegend Fremden, den Deutschen und Juden, als Unternehmer gegenübergestellt sahen. Der wirtschaftliche Haß des Sozialismus wurde national eingeengt und in dieser Gebundenheit verstärkt zu einer scharfen national-kulturellen Waffe; der durch den polnischen Sozialismus angestrebte soziale Aufstieg kam sichtbar der polnischen Nationalität zugute. Ein wesentlicher Grund für seinen überragenden Einfluß auf die polnische Nationaldemokratie und auch der Hauptgrund für die Haltbarkeit der Ehe zwischen der Pilsudski-Partei und dem niederen Klerus!

Ein weiterer Hauptgrund für das polnische Selbstbewußtsein ist die Beobachtung, daß die Teilungen nicht vermocht haben, die Polen so tiefgehend zu spalten, daß sie in den drei Teilungsgebieten das völkische Zusammengehörigkeitsgefühl verloren. Es sind immer nur Splitter, die, sei es Russen, sei es Preußen ge-

worden sind, überdies meist Angehörige solcher Adelsfamilien, über die die nationale Demokratie ohnehin mit ihren Wirtschaftsplänen hinwegzuschreiten gedachte. Die Sprache hat zwar im Weichselgebiet Russizismen, in Preußen Germanismen angenommen, aber in so geringfügiger Menge, daß die Literatur kaum davon berührt weroen konnte.

Der dritte Grund ist die Tatsache des Aufbaues der polnischen Wirtschaft, besonders in Rußland und Preußen, und damit im engen Zusammenhange die Feststellung, mit welcher Leichtigkeit die Polen sich das deutsche Element, mit Einschluß evangelischer Pastoren, im Weichselgebiet zu assimilieren vermochten, während es dem preußischen Staat trotz seiner großen Hilfsmittel ebensowenig wie dem russischen gelungen war, nationale Erfolge für das Deutschtum und das Russentum auf Kosten der Polen zu erzielen. Daneben machten die Polen die Entdeckung, wie leicht es ihnen fiel, den deutschen Einfluß in Rußland auf allen Gebieten der Politik, des Handels, der Industrie dank dem Interessenzusammenklang mit den russischen bürgerlichen Demokraten zu beseitigen.

Für den politischen Effekt ist es belanglos, wenn die Entwicklung der Polen nicht ganz ausschließlich auf sie selbst zurückzuführen ist, wenn vielmehr eine Reihe günstiger, von ihnen durchaus unabhängiger Umstände zusammenwirken mußten, um ihnen überhaupt nur die Möglichkeit zu eröffnen, das zu werden, was sie geworden sind. Wesentlich ist dagegen die Tatsache, daß die Polen die moralische Kraft aufgebracht haben, diese günstigen Verhältnisse auch wirklich für sich auszunutzen und daß ihre Führer in der Publizistik sich in den entscheidenden letzten fünfzig Jahren bewußt geblieben sind, wo die Schwächen ihrer Position liegen, — vor allem in dem Mangel einer polnischen Industrie und eines polnischen Bürgertums, sowie, daß sie auch die richtigen Mittel anwenden, diese Schwächen zu beseitigen.

Es war keine weltbeglückende Nächstenliebe, aus der diese Mittel herauswuchsen: Vernichtung des deutschen Einflusses, nicht Ausgleich mit den Deutschen war die Parole!

Während die preußische und russische Regierung die Radikalen durch Strenge vor den praktischen Folgen ihrer. revolutionären Phantastereien bewahrte, erzogen die Publizisten und Philanthropen das Volk zum nationalen Egoismus und züchteten, anknüpfend an die sozialen aber auch historischen Eindrücke, einen fanatischen Haß gegen Deutsche und Juden, der uns allerorten so unerwartet schroff entgegentritt, ohne daß viele von uns seine Quellen zu erkennen vermögen. Von dem flammenden Epos des Dichterkönigs Mickiewicz „Conrad Wallenrod" bis zu den schmierigen Pamphleten, mit dem der „Przeglad Tygodniowy" die polnischen Handwerker um 1870 herum gegen die tüchtigeren Deutschen aufreizte, bis zu dem scheußlichen Witzblatt, das die letzten zehn Jahre unter den Augen der russischen Zensoren alles, was deutsch war, brandmarkte und herabsetzte, bis auch zu den gemeinen Denunziationen des Herrn Wladyslaw Grabski, der kürzlich wieder in Warschau eingezogen ist und dort als Verständigungspolitiker sein Wesen treibt, tönt durch die polnische Literatur aller Sorten ein heißer Haßgesang gegen das Deutschtum. Mit diesem Haß müssen wir rechnen!

Ich will mit Zitaten nicht aufhalten. Um ein erschöpfendes Bild von der Tiefe und Vielseitigkeit des Hasses geben zu können, den die Literatur im

polnischen Volk systematisch verbreitet hat, müßte ich viele Bogen füllen Nur eine wichtige Stimme sei zu Gehör gebracht, weil sie aus allem, was in Polen gedacht und geschrieben worden ist, die pädagogisch-politische Nutzanwendung zieht und von einer Seite herrührt, die vielleicht den tiefsten Einfluß auf die Gedankenwelt der Polen hat.

Der Begründer des modernen polnischen Schulwesens im Weichselgebiet, dessen Organisationen im General-Gouvernement Warschau seit etwa zwei Jahren zugelassen sind, schreibt u. a., um die russische Regierung und die Russen von ihren Sympathien für das Deutschtum abzubringen:

„Die Auffassungen des polnischen Volkes über die polnisch-deutschen Beziehungen sind durchaus einheitlich. Dagegen gehen sie in den breiteren russischen Kreisen sehr auseinander. . . . . . .

Das raubsüchtige und wortbrüchige Preußen, das sich vor dem Stärkeren duckt und den Schwächeren mit Füßen tritt, das sein Entstehen offenem Raube verdankt, sowie Deutschland, der würdige Erbe der Kreuzritter, das jetzt unter Preußens Hegemonie vereinigt oder richtiger gesagt verpreußt ist, — waren und sind die größte Gefahr für Rußland und für das ganze Slawentum... Rußland öffnet Tür und Tor gastfreundlich den Preußen und den Deutschen, wirkt mit bei der Schaffung von gewaltigen deutschen Handels- und Industriezentren in Warschau, Lodz, Zgierz, Ozorkow, Pabianice, Sosnowice usw. Es unterstützt diese Zentren und die in ihnen organisierten Hakatisten-Vereine. Es erleichtert den Deutschen die Handelsbeziehungen, es verlangt keine Bezahlung von Gildengeldern von den preußisch-deutschen Handelsagenten, welche das Königreich und das Kaiserreich mit deutschen Produkten buchstäblich überfluten, während eine solche Abgabe jeder einheimische Agent, der russischer Untertan ist, mag er Russe oder Pole sein, bezahlen muß. Eine solche Ungleichmäßigkeit in der Behandlung, eine solche Privilegierung des deutschen Handels und Gewerbes führt für das Reich unermeßliche ökonomische Schäden herbei. Ist denn eine solche antipolnische und antislawische Politik nicht Russen und Polen gleich schädlich, ist sie nicht eine Arbeit pour le roi de Prusse? . . . . . .

Mit dem Augenblick, wo unter der Hegemonie Preußens ein großes Deutsches Reich entstanden ist, wurden die Deutschen, deren Expansions- und Raubpolitik neue Kraft erhielt, die größten Feinde Rußlands, und zwar heimtückische Feinde, welche sich der Wege und der Ziele gut bewußt sind und den geeigneten Augenblick abwarten können. Vorläufig und bis zu einer gewissen Zeit dachte man nicht direkt an einen Krieg. Man war sich eben dessen sehr wohl bewußt, daß andere durch das Anwachsen der deutschen Macht bedrohte Staaten weitere Annexionen nicht zulassen würden, und daß Rußland auch ein noch zu kräftiger Gegner war. Jetzt, wo infolge des Krieges — gegen Japan 1905 — Rußland geschwächt worden ist, liegt es im Interesse Deutschlands, daß es nicht wieder zu Kräften gelange. Die Deutschen sind bereit, ihm ihre Freundschaft und ihre Unterstützung bis zu einer gewissen Zeit angedeihen zu lassen, jedoch unter der notwendigen und leicht zu durchschauenden Bedingung, daß es auch fernerhin schwach, also von dem guten oder bösen Willen seines kräftigen Nachbarn abhängig bleibt. Ein mächtiges Deutschland kann nicht Freund sein eines mächtigen Rußland.“*)

Nun ist es nicht bei Worten geblieben. Längst sind die Polen zu Taten übergegangen. Ich erinnere nur an ihre Boykottbewegung gegen den deutschen Handel in Galizien und Russisch-Polen und an die Organisation der Absonderung der Polen von den Deutschen in der Ostmark. Während der Besetzung ist die Haltung der Polen durchaus feindlich gegen unsere Truppen gewesen und bis

*) Die ganze Schrift ist wiedergegeben in Heft 40 der „Grenzboten“ vom 3. Oktober 1917.

auf den heutigen Tag allen Wohltaten, die Exzellenz von Beseler ihnen erwirkte, zum Trotz feindselig geblieben. Die Offiziere der Legion, die für die Eidesleistung im Sinne der Mittemächte eintraten, wurden von ihren eigenen Soldaten gemißhandelt. In Posen und Westpreußen halten sich die Polen trotz des ihnen seitens der preußischen Regierung bewiesenen Entgegenkommens feindselig zurück: statt Reichsanleihen zu zeichnen, wird in den polnischen Sparkassen und Volksbanken ein Milliardenvermögen angehäuft mit dem ausgesprochenen Zweck, damit den Ankauf deutschen Bodens zu bewirken. Schon jetzt gehen Anzeigen durch die Blätter, durch die das Geld für diesen nationalpolnischen Zweck zur Verfügung gestellt wird*).

* * *

Die polnischen Positionen sind besetzt durch ein Volk von etwa 20 Millionen. Etwa die Hälfte davon sitzt in kompakter Masse um die Weichsel herum als ein an sich friedliches, aber von einem unruhigen und ehrgeizigen Bürgertum geleitetes Landvolk fest auf eigner Scholle. Im Norden stehen die polnischen Vorposten auf preußischem Boden bis hart an die Masurischen Seen heran, Vortruppen längs des Weichsellaufs bis Danzig, im Westen stehen sie in Posen und an der Oder, — im Südwesten bildet das habsburgische Teschen eine vorgeschobene Stellung und Schlesien die Brücke nach Böhmen hinein. Im Süden ist der Karpathenkamm die Grenze des polnischen Einflusses, und die Ungarn sind ihnen wohlgesinnte Nachbarn. Nach Südosten, Osten und Nordosten hat das Polentum durch Großgrundbesitz — gegenwärtig in der Ukraina schwer bedroht —, durch mittelständische Existenzen, als da sind Kaufleute, Beamte, Angestellte, und durch die katholische Kirche — dies besonders in Litauen — feste Verbindungen geschaffen. In Litauen ist die kulturelle Stellung der Polen bereits fest verankert und somit auch die Vorbedingung für stärkere politische Einflußnahmen gegeben. Wie wir wissen, hat sich das Polentum dem Westen, also dem Deutschtum gegenüber in den letzten Jahrzehnten überlegen erwiesen; seine Führer haben daraus die Konsequenz gezogen, indem sie sich dem Slawentum verbanden und ihre Stellung im Osten besonders zu festigen suchten. Im zarischen und kadettischen Rußland fingen die Polen gerade an, den in den letzten dreißig Jahren eroberten Einfluß politisch auszuwerten. Sie waren nicht nur ernste Konkurrenten der deutschen Kaufleute und Ingenieure in Moskau, Charkow, Kijew, Jekaterinoslaw, — sie begannen auch in die wichtigen Stellen der Behörden, besonders aber in die oberste Gerichtsbarkeit einzudringen, während ihre Vertreter in der Duma und im Reichsrat anfingen, in Petersburg eine Stellung einzunehmen,

---

*) In diesem Zusammenhange werfen die Worte des preußischen Ministers des Innern, Herrn Dr. Drews, ein interessantes Streiflicht. Der Herr Minister führte am 4. d. M. im preußischen Abgeordnetenhause aus: „Ich habe im Herrenhause gesagt, man müsse Realpolitik treiben, und ich habe den Plan angedeutet, wie sich die Regierung in Zukunft die Ostmarkenpolitik denkt. Wir rechneten dabei mit der Voraussetzung, daß von seiten auch der Polen ein größeres Verständnis für den preußischen Staat gezeigt würde. Ich muß konstatieren, daß seitens der Vertreter der polnischen Fraktionen bisher diese Voraussetzung nicht erfüllt worden ist, wir haben infolgedessen keinerlei Anlaß, das, was wir als Programm hingestellt haben, gegenwärtig in die Tat zu übersetzen."

wie es die der konservativen Polen in Wien geworden war.*) Die vorhin mitgeteilten Äußerungen Ossuchowskis zeugen am besten davon, in welchem Sinne sie uns gegenüber wirkten; in ihrem Vertrage mit der russischen Regierung kommt zum Ausdruck, wie ernst unsere Lage war.

Durch die russische Revolution, den Sieg der Maximalisten und den Frieden von Brest-Litowsk ist die Stellung der Polen in Rußland nur scheinbar erschüttert, auch wenn sie dadurch in zwei Lager gespalten werden. Die großen Grundbesitzer, ebenso wie die Kapitalisten aus Industrie und Handel, sehen sich der Gefahr der Enteignung gegenüber und suchen zu retten, was zu retten ist. Daher ihr gegenwärtig bescheidenes Auftreten in Warschau! Im übrigen rechnen sie mit einer siegreichen Gegenrevolution oder wenigstens mit einem Umschwung in Rußland, der ihren früheren Einfluß daselbst mindestens wieder herstellt. Die Masse der Intelligenz mit Einschluß der Geistlichkeit vertritt zusammen mit dem Proletariat ein so weitgehendes Agrarprogramm, daß gerade bei ihr eine gewisse Sympathie für den russischen Umsturz vorhanden ist. Der Haß der Massen, die im übrigen durchaus maximalistisch gesonnen sind, aber ist nach wie vor auf die Deutschen und die wenigen Großgrundbesitzer, die mit der deutschen Besatzung zusammen gearbeitet haben, konzentriert geblieben; ihre Sehnsucht führt sie nach Rußland. — Die besitzenden Kreise, die unsern Schutz gegen den Radikalismus als etwas Selbstverständliches in Anspruch nehmen, sind mit ihren Sympathien keineswegs bei Deutschland, sondern mit verschwindend kleinen Ausnahmen bei Oesterreich-Ungarn, und hierin wieder treffen sie sich mit ernsten Wortführern der Intelligenz und des Proletariats.

Nur ein ganz enger Kreis vertritt den Standpunkt der Notwendigkeit, für die Polen einen Ausgleich mit dem Deutschen Reich herbeizuführen und dafür auch vorläufig gewisse Opfer zu bringen. Sein geistig hervorragendster Führer ist Michael Lempicki, ein ehemaliger russischer Beamter. Seine Anschauung ist getragen von der Zuversicht und dem Vertrauen an die Widerstandskraft der Polen jedem Germanisierungsversuch gegenüber. Lempicki ist auch überzeugt, daß, wenn es im Augenblick zu einer Verständigung käme, die preußische Regierung den Polen soviel Entgegenkommen zeigen müßte, daß die Polen wegen ihrer Zukunft in der deutschen Ostmark nicht mehr beunruhigt zu sein brauchten. Lempicki kommt es darauf an, den Polen Zeit zu gewinnen, einen Waffenstillstand mit den Deutschen möglichst auf einer Grundlage zu schließen, die den Polen ebenso ungestörte Pflege ihrer nationalen Kultur, wie eine friedliche Eroberung des Grund und Bodens ermöglichte. Die Beendigung des Waffenstillstandes würde abhängen von der Entwicklung in Ost-Europa und Österreich-Ungarn, sowie von der Mächtekonstellation, wie sie sich nach dem Kriege herausbildet. Auch Lempicki rechnet daneben auf den allgemeinen Friedensschluß und die Bundesgenossenschaft unserer Feinde! Gegen die von Herrn Lempicki, den ich als einen der klügsten und besonnensten Männer Polens kennzeichnen darf, vorgetragenen Ausgleichideeen ließe sich kaum etwas einwenden, wenn er und sein Kreis ausdrücklich auf die preußischen Provinzen verzichten wollte, wie vor dem Kriege Roman Dmowski, Grabski, Piltz und andere Rußland gegenüber auf Litauen und das Cholmer Land ver-

*) Das Material hierüber habe ich in Heft 46 der „Grenzboten" von 1916 zusammengestellt.

zichtet hatten, und, wenn er den Nachweis erbringen könnte, daß hinter seinem Verzicht auch der ehrliche Wille der polnischen Nation steht. Aber ängstlich ist er allem ausgewichen, was ihm und seinem Kreise hätte als Verzicht ausgelegt werden können: im Hintergrunde seiner Politik steht ebenso das Ideal der Vereinigung aller ehemals polnischer Landesteile unter dem weißen Adler, wie bei allen anderen polnischen Führern. Das Ziel ist das gleiche, — die Wege sind verschieden!

Ich rechne auf Ihre Zustimmung, wenn ich den heutigen Stand der Polenfrage in Parallele stelle mit dem aus der Zeit Friedrichs des Großen und wenn ich glaube aussprechen zu sollen, daß die Aufgaben unserer heutigen Staatsmänner sich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die der große König zu lösen hatte. Die Polenfrage bedeutet damals und heute den Kampf zwischen Polen und Deutschen um den Besitz der deutschen Ostmark, die der große Friedrich erobern mußte, weil Polen selbst zu schwach war Rußland zu hindern, den Moskowiterstaat bis vor die Tore Berlins vorzuschieben. Tatsächlich hat sich im Gesamtbilde nur etwas geändert: an die Stelle der Kabinette von Petersburg und Wien sind die Völker selbst handelnd getreten; während vor hundertfünfzig Jahren über die Zukunft Polens von einigen wenigen Persönlichkeiten entschieden werden konnte, nehmen heute Hunderttausende durch die Organe der Ämter, der Presse und der Parteien auf die Entscheidung nachhaltigen Einfluß. Aus einer Frage der Kabinette ist die Polenfrage zu einer solchen der Nationen geworden und — ebenso wie die innere Kraft der Polen seit den Teilungen gewachsen ist, ist ihre außenpolitische Position verstärkt durch die Bundesgenossenschaft, die in der deutschfeindlichen Entwicklung des Slawentums in Rußland und Österreich liegt.

Die Entscheidung, die für lange Zeit unsere Beziehungen zu den Polen regeln soll und die geradezu grundlegend ist für unsere künftigen Beziehungen zum europäischen Osten, wird vielleicht schon in wenigen Wochen fallen. Die Zusammenfassung aller Ostfragen unter ein besonderes Staatssekretariat deutet wenigstens darauf hin. Ob wir, das deutsche Volk, sie noch beeinflussen können, steht dahin. Nach den bisherigen Gepflogenheiten wird uns wohl die Regierung, wie in so vielen anderen Dingen, vor die vollendete Tatsache stellen, mit der wir uns werden einfach abfinden müssen. Nichtsdestoweniger liegt es in unserer aller und des Vaterlandes Interesse, wenn uns die Entscheidung nicht unvorbereitet trifft. Weiß das deutsche Volk, was die Polenfrage recht eigentlich für uns bedeutet, so bin ich sicher, daß es auch die Mittel finden wird, um die Lasten auszugleichen, die ihm auferlegt werden könnten, — und ohne Lasten wird es wohl auch bei diesem Teil des Ostfriedens nicht abgehen.

* * *

Trotz unserer allgemeinen Siege sind wir gerade an der polnischen Stelle in die Defensive gedrängt, indem wir den alten Besitz neu zu erkämpfen haben, und wir müssen den alten Besitz sicherstellen, wenn uns die slawische Woge nicht völlig unterspülen und uns den neuen Besitz im Baltikum entreißen soll. Der Unterlauf der Weichsel ist der schwächste Punkt in der Gesamtstellung der Deutschen gegen Osten. Ihn gilt es zu verteidigen und für die Zukunft zu sichern.

Die deutsche Regierung könnte sich vielleicht mit dem Kreise um Lempicki verständigen, wenn sie sich entschließen wollte, aus dem preußischen und russischen Anteil Polens einen polnischen Staat zusammenzufügen, oder wenn sie zu dem Ergebnis käme, daß Deutschland einer solchen Staatenbildung doch nicht entgehen kann. Mit anderen Worten: Das Deutschtum müßte seine polnischen Positionen in der Ostmark räumen, um die vage Aussicht zu erhalten, die Polen zu Bundesgenossen Deutschlands gegen die übrige slawische Welt machen zu können.

Es gibt in Deutschland genug Personen, die bereit sind, auf den Handel einzugehen, solche, die bewußt auf die Umbildung des deutschen Nationalstaats in einen **Nationalitätenstaat** lossteuern, solche, die dadurch dem ewigen Frieden glauben dienen zu können, solche, die damit der römisch-katholischen Kirche zum Siege über den Protestantismus verhelfen wollen, aber, und das sind jene, die wir am ernstesten zu nehmen haben, es gibt auch solche, die ein ungehemmtes Wirtschaftsleben über alle anderen Ideale setzen. Sie haben in allen unseren Reichsämtern und in den meisten politischen Parteien Einfluß, weil sie nur die engen, kurz befristeten Einzelinteressen der betroffenen Kreise wahrzunehmen brauchen! In ihrer Rechnung ist ein Loch: denn herrschen heißt in unserer Zeit in erster Linie wirtschaftlich herrschen und um den wirtschaftlichen Kampf mit den Polen kämen sie unter keiner Bedingung herum, solange sie sich nicht restlos in den Dienst der polnischen Sache stellen. Ich glaube an die Aussöhnung nicht, nicht nur nicht weil der Haß gegen die Deutschen schon zu tief in den Polen steckt, sondern auch aus anderen Erwägungen, die mit der allgemeinen Demokratisierung des Slawentums zusammenhängen.

Nach dem Zusammenbruch des bürgerlichen Rußland ist dem radikalen Allpolentum ein neuer Bundesgenosse erstanden, die von Rußland ausgehende Revolution. Die Art und Weise, wie von seiten unserer Diplomatie die Friedensverhandlungen mit den Maximalisten geführt worden sind, hat das Ansehen der Revolution ungemein gesteigert. Die Vorgänge in Kijew und die Tatsache, daß die Maximalisten das rote Revolutionsbanner Unter den Linden hissen dürfen, sind die sichtbaren Folgen jener Verhandlungsmethoden! Gegen den polnischen Radikalismus haben wir keine Bundesgenossen unter den Polen, auf die wir uns verlassen dürften. Auf den polnischen Adel ist kein Verlaß. Jeder Pole, der sich uns zur praktischen Hilfeleistung zur Verfügung gestellt hat, ist im Lande diskreditiert und gleicht einem General ohne Soldaten; er hat weder Anhang noch Achtung. Wenn es hart auf hart geht, ziehen sich die Edelleute entweder zurück oder sie machen eine tiefe Verbeugung vor dem Demos, von dem sie sich tragen lassen. Einige wenige Ausnahmen bestätigen die Regel.

Der Kampf zwischen Deutschen und Polen muß ausgefochten werden! So oder so! Es hilft uns kein Gott darum herum! Er ist durch den Brester Frieden in eine neue Phase getreten! nichts weiter! Unsere Sache ist es, uns für die folgenden Kampfzeiten solche Positionen zu sichern, die den Sieg nicht von vornherein ausschließen.

Zu dem gleichen Ergebnis komme ich, wenn ich den Boden des einfachen Nationalitätenkampfes verlasse und die Polenfrage in den großen Rahmen der wirtschaftlichen, der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge setze. Hinter der Polenfrage steht der tausendjährige slawisch-germanische Gegensatz, der in seiner modernen Abwandlung während der letzten Jahrzehnte bestimmt war durch die

zwischen der deutschen und der russischen Weltwirtschaft entstandene Rivalität. Halten wir die wirtschaftlichen und die nationalen Momente der Frage abwägend gegeneinander, so tritt klar hervor auch die Gegnerschaft zwischen dem Imperialismus der Weltreiche, also der historisch gewordenen Weltwirtschaftsgebiete, und dem durch unsere Diplomatie von den russischen Weltverbesserern übernommenen Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten. Die neuen, im Osten des Deutschen Reiches entstehenden Randstaaten geraten zwischen die Reibflächen der beiden Bewegungen, sofern sie sich nicht klipp und klar für das eine oder andere Wirtschaftsgebiet entscheiden können oder — entscheiden dürfen. Beim polnischen Problem tritt uns dieser Widerstreit der Interessen in der geschlossensten Form entgegen. Das polnische Gebiet war vor dem Ausbruch des Krieges bereits ein so wichtiger Bestandteil des allrussischen Wirtschaftsemporiums geworden, daß die Vorteile dieser Zusammengehörigkeit, wie gezeigt wurde, auch wirksam auf die nationalpolitische Gesinnung der Polen werden konnte, was wir von unseren Polen nicht behaupten können; bei uns gibt es noch eine starke russophile Partei unter den Polen! Nachdem es uns gelungen ist, das russische Weltreich zu zerschlagen und, trotz seiner wirtschaftlichen Anziehungskraft auf die von ihm zusammengefügten Völker, in einen Brei von Nationalstaaten zu verwandeln, haben sich die Polen wieder mehr auf das nationale Moment besonnen und erschweren sich dadurch den Übergang und Anschluß an das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet. Ihre Haltung drängt uns förmlich, uns die Frage vorzulegen, ob das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten uns im Interesse der Weltwirtschaft zum Übergang aus dem Nationalstaat zum Nationalitätenstaat führen soll.

Und wenn ich mir alle Geschehnisse um uns herum kühl betrachte, so kann ich mich von der Sorge nicht freimachen, daß wir dem Nationalitätenstaate näher sind, als wir glauben möchten. Die bevorstehende Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen, ohne genügende Sicherheiten für das Deutschtum der Ostmark, ist ein gewaltiger Schritt in dieser Richtung. Ebenso drängen uns alle jene Bestrebungen unbewußt oder bewußt dahin, die auf die Schaffung eines Groß-Litauen ausgehen, — um so mehr, wenn dies Litauen in Personalunion mit einem deutschen Bundesstaate vereinigt werden sollte; möge dieser Bundesstaat im übrigen Preußen oder Sachsen heißen. Die Freunde der allmählichen Umwandlung Preußens oder Deutschlands in einen Nationalitätenstaat aus weltwirtschaftlichen oder anderen Gesichtspunkten, die den Polen soweit entgegenzukommen wünschen, daß sie um des Wirtschaftsfriedens willen alle alten polnischen Gebiete unter irgendeiner Firma zusammenfügen wollen, übersehen ganz, daß sie damit dem deutschen Volke eine Reihe von Rückzugskämpfen auferlegen müßten, damit die Position der Deutschen nicht auch gerade wirtschaftlich überrannt wird. Wir würden, wenn die Polen in eine günstigere Position uns gegenüber gelangten, gerade deshalb die furchtbarsten Kämpfe führen müssen, Kämpfe, wie sie bisher in unserer Ostmark noch nicht bekannt sind. Die Polen, die durch den wirtschaftlichen Kampf ganz vornehmlich glauben, zum internationalen Siege gelangen zu können, müssen wirtschaftlich so mit Mitteleuropa verbunden werden, daß sie keine Neigung mehr bekommen, als Großpolen gegen das Deutschtum aufzubegehren. Die großpolnische Idee muß fallen, die Polen dürfen eine machtvolle Selb-

ständigkeit nicht ausüben, — mögen sie im übrigen wirtschaftlich den höchsten Grad des Wohlstandes erreichen, — ich wäre der letzte, der ihnen dies mißgönnen wollte! Dann könnten wir auch auf wirtschaftsfriedliche Verhältnisse in der Ostmark rechnen.

* * *

Das wirksamste Mittel, einen Gegner in Schach zu halten, ist zu allen Zeiten die Bindung seiner Kräfte in Aufgaben gewesen, die ihn verhindern, da vorzubrechen, wo er uns gefährlich werden kann. Die Voraussetzung für eine allmähliche Lösung der Polenfrage ist somit, daß das Deutsche Reich unbeschränkten und mit niemand anderem geteilten Einfluß auf die polnischen Dinge erhält, und daß es diese Macht ausnutzt, um den Polen den russisch-demokratischen Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dies ist möglich, indem das friedliche Landvolk der Bauern in eine wirtschaftliche Lage versetzt wird, die ihm Wohlstand und ruhigen Gewinn sichert.

Gelingt uns dies, so werden sich auch die Aussichten heben, daß die gegen uns vorhandene Feindschaft bei den Polen abflaut. Stellen wir nur die Polen vor die Unabänderlichkeit unseres Willens, unseren militärischen Sieg voll ausnützen und selbst die Führung der Polen fest in die Hand nehmen zu wollen! In einem halben Jahrhundert könnte es dann auf neuen Grundlagen zu einem Frieden zwischen Polen und uns kommen, — wie die Polen noch in den letzten Jahren bereit waren, ihren Frieden mit dem Moskowiter zu schließen, der wahrhaftig kein milder Herr war; dem Polen imponiert nur die überlegene Kraft, kein schlaues Lavieren! Dies hat er genügend bei den Juden mißachten gelernt!!

* * *

Die Maßnahmen, die von unserer Seite in Kürze zu treffen sind, um die Polenfrage im Zusammenhang mit den verwandten Ostfragen dem deutschen Interesse entsprechend lösen zu können, umfassen drei Arbeitsgebiete: das diplomatische, das die Polenfrage herausschälen soll aus ihren internationalen Zusammenhängen, das militärische, das diejenige Grenzlinie finden läßt, die uns jedem Angriff von Osten mit größerer Ruhe entgegensehen läßt, wie vor 1914 und das wirtschaftlich-kolonisatorische, das die deutsche Ostmark für alle Zeiten sicherstellt vor polnischen Ansprüchen.

Die beiden zuletzt genannten Arbeitsgebiete hängen eng miteinander zusammen, sie seien daher auch zusammen behandelt.

Die Quellen des polnischen Hasses gegen uns liegen heute nicht so sehr in der Erinnerung an die Teilungen, wenn diese auch in der Literatur eine gewisse Rolle spielt, sondern in dem wirtschaftlichen Streben der Polen, bei dem sie, abgesehen von den Juden, vor allen Dingen auf den für den Wirtschaftskampf besser vorbereiteten Deutschen stoßen. (Im alten Rußland überall in Handel und Gewerbe, sowie in den Regierungsstellen, in Russisch-Polen im Unternehmertum — bei welcher Gelegenheit auf den sozial-ethisch höchst interessanten Roman Lodz von Reymont hingewiesen sei — und in der Ostmark, nach Abwanderung der Juden aus den Städten das Deutschtum überhaupt.) Dabei ist die Feindschaft in dem Maße gewachsen, wie deutsches Kapital in Russisch-Polen eine Exportindustrie ins Leben gerufen hat. Somit ist zu erwarten, daß die Stimmung friedlicher wird, wenn wir uns beim Wiederaufbau der Industrie in Polen mög-

lichst zurückhalten und den Polen Gelegenheit geben, sich auf dem Gebiet auszuleben, wo sie nicht nur unsere Konkurrenz zu fürchten haben, wo wir ihnen sogar im eigensten Interesse behilflich sein können, voranzukommen: in der Landwirtschaft, mit besonderer Beschränkung auf die bäuerliche.

Ich denke mir, daß das neue Polen als reines Agrarland auf bäuerlicher Grundlage dank seiner Fruchtbarkeit eine Zukunft ungeheuren Wohlstandes vor sich hätte. Ich könnte mir am Mittellauf der Weichsel ein polnisches Flandern denken mit guten Straßen, freundlichen Landstädten und einer lediglich aus dem Bedürfnis des Landes selbst hervorgegangenen Industrie. — Darauf eine kinderreiche, gesunde Bevölkerung, religiös und ein starkes Bollwerk der katholischen Kirche.

Das neue Polen soll bezüglich seiner inneren Angelegenheit absolut frei sein und sich in kultureller Beziehung völlig selbständig entwickeln können. Staatsrechtlich dagegen ein Schutzstaat des Deutschen Reiches, mit diesem verbunden durch ein Staatssekretariat in Berlin, als einziges Organ der auswärtigen Politik. Die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland hätte nach dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß Polen interessiert bleibt, seine Landwirtschaft aufs höchste zu entwickeln und nur eine aus der Landwirtschaft natürlich herauswachsende Industrie ins Leben zu rufen. Auf eine besondere Militarisierung der Polen lege ich keinen Wert, bis sie selbst auf den Gedanken kommen, sich zu ihrem eigenen Schutz auch militärisch mit uns zu verbinden. Denn sie werden sich bis auf weiteres immer der Gefahr bewußt bleiben müssen, daß die Weichselebene bei einem neuerlichen Zusammenstoß zwischen Deutschland und den Ostslawen wieder Tummelplatz der ersten und härtesten Kämpfe sein wird, sofern sie sich nicht von vornherein in den Dienst der Mittemächte stellen.

Gerade dazu aber hat die neue Grenzführung zwischen Deutschland und Polen zu dienen.

Zwischen den preußischen Provinzen mit ihren viereinhalb Millionen Polen und Russisch-Polen ist ein Gebiet einzuschieben, das staatsrechtlich den Einfluß jeder nicht deutschen Macht entzogen bleibt. Im Süden beginnend, hätte das Gebiet zu umfassen

a) den Industriebezirk von Dombrowa;
b) das Land zwischen Warte und schlesische Grenze;
c) das Land nordwestlich der Linie Warteknie bei Kolo, Weichsel westlich Wloclawek;
d) das Land nördlich der Weichsel und des Bug ohne Plock und Nowo Georgiewsk (Modlin) bis Bjelsk und Pruschany an der ukrainischen Grenze, unter Einbeziehung von Bjalystok und Grodno, mit dem Gouvernement Suwalki.

Im ganzen handelt es sich um etwa eineinhalb Millionen Polen, 150000 Juden, 120000 Deutsche. Das Gebiet ist bis auf das Industriegebiet dünn bevölkert.

Die dadurch entstehenden neuen Ostgrenzen des Reiches sind diejenigen, die von militärischer Seite als eine genügende Sicherheit gegen feindlichen Angriff angesprochen werden dürften, unter der Voraussetzung, daß das Gelände dadurch mit einer sicheren Bevölkerung besetzt bleibt.

Da aber die dort vorhandene polnische Bevölkerung in ihrem überwiegenden Teil durchaus unzuverlässig ist und deutschfeindlicher Propaganda zugänglich, muß für das Gebiet die Möglichkeit der Ansiedlung eines sicheren deutschen Elements

offen gehalten werden. Ansiedler würden sich finden schon dicht vor den Grenzen in der Gegend von Lodz, aber auch unter den Rückwanderern aus Rußland. Nach meinen Beobachtungen an Ort und Stelle, Beobachtungen aus Friedens- und Kriegszeit, stehen uns gegenwärtig mindestens eine Viertelmillion Seelen aus Polen und Rußland zur Besiedlung der fraglichen Gebiete zur Verfügung, zu denen sich bei entsprechender Arbeit ebensoviele im Deutschen Reich finden dürften. Nach anderen Angaben soll mehr als die doppelte Zahl zur Verfügung stehen. Etwa 120000 Deutsche sind schon gegenwärtig in dem Gebiet vorhanden.

Die Verwaltung des Gebietes sei deutsch, mit möglichst weit ausgestalteter Selbstverwaltung von Provinzen, Kreisen und Städten. Die deutschen Bodenbesitzverhältnisse in Stadt und Land seien sichergestellt durch das Erbrecht des preußischen Staates am Grund und Boden, Vorkaufsrecht bei allem Besitzwechsel sowie Enteignungsrecht an allem Grundbesitz über 250 Hektar Größe.

Vor Ablauf von 45 Jahren darf verfassungsmäßig das Gebiet weder im Reichstag, noch im preußischen Landtage vertreten sein, es sei denn durch von der Regierung ernannte Abgeordnete und auch dann erst, wenn die alten Provinzen der Ostmark für das Deutschtum sichergestellt sind und von der großpolnischen Idee keine Gefahr mehr droht.

Ähnlich sind die litauischen Gebiete zu behandeln, wobei Wilna und die südöstliche und östlich daran liegenden Gebiete gelegentlich Rußland zurückzugeben wären. Die Schaffung eines Großlitauen wäre ein großer Fehler, da damit nur den Polen gedient wäre, die schon heute einen überragenden kulturellen Einfluß auf die Litauer ausüben. Bei der Regelung der litauischen Frage müssen neben den preußischen Interessen auch die der Kurländer ernst in Betracht gezogen werden.

Die Sicherung im Osten gegen den polnischen Ausdehnungsdrang wäre nicht vollständig, wenn nicht zwischen das neue Polen und Litauen ein trennender Keil nichtslawischer Bevölkerung geschoben würde. Mir scheint da die Möglichkeit gegeben, die Frage der Ostjuden auf den Weg der Lösung zu führen durch Schaffung eines Siedlungsgebietes für die litauischen Juden im Gebiet Bjalystok des Gouvernements Grodno. Ein entsprechendes Element ist unter den litauischen Juden vorhanden.

Die Stadt Bjalystok aber baue man mit seiner auf deutschen Schultern aufgewachsenen Industrie als ein Umschlagplatz des deutsch-russischen Handels und Verkehrs durch Anlage west-östlicher Eisenbahnen und Anschluß an die Wasserwege Ostpreußens und der Ukraina aus. Dies Gebiet werde im übrigen ebenso behandelt, wie das abgetrennte polnische.

Dies scheint mir ein praktisch durchführbares Programm zu sein, um die Zukunft der deutschen Ostmark und den ungestörten Zusammenhang des Baltikums mit den deutschen Stammlanden auch dem schwersten Anprall der slawischen Woge gegenüber sicherzustellen. Darauf kommt es an, nicht auf den Erwerb polnischen Bodens. Der ist Mittel zum Zweck und wird höchst ungern erworben. Je genügsamer wir im Landerwerb im Osten sein können, um so eher werden wir auch zum Ziele kommen. Freilich, ohne Landzuwachs geht es nicht. Darin liegen eben die Schwierigkeiten! Ich sehe keinen anderen Weg, der Aussicht hätte, wirksam zu sein, als die Sprengung des Zusammenhanges zwischen preußischen und russischen Polen und Polen und Litauen. Im übrigen wird die sicherste Gewähr für eine Deckung, die wir im Osten in der polnischen Ecke gewinnen können, immer das Vertrauen auf die eigene Kraft bleiben.

Voraussetzung für eine aussichtsvolle Wendung in der Polenfrage bleibt aber Österreichs Stellungnahme zu den polnischen Dingen. Österreich sollte zu seinem und unserem Besten von der Teilnahme an der Polenpolitik außerhalb Galiziens zurücktreten. Es gab bereits einen Augenblick im Weltkriege, wo Habsburg zu einem solchen Schritt entschlossen war. Ich verkenne dennoch nicht die Schwierigkeiten innerpolitischer Art bei Habsburg, die sich einer solchen Forderung entgegenstellen. Manches Imponderabile ist zu überwinden. Andererseits aber harren noch so ernste und große Aufgaben der Lösung durch Habsburg vor der Polenfrage, daß es einer zielbewußten und geschickten deutschen Diplomatie nicht unmöglich sein sollte, der Wiener Regierung Vorteile zu verschaffen, die die Preisgabe ihrer polnischen Interessen mehr als ausgleichen. An der Adria, in der südslawischen Frage und bei den mitteleuropäischen Dingen sind genug Punkte vorhanden, wo Deutschland sich dem Bundesgenossen erkenntlich für geleistete Dienste in Polen erweisen kann.

Daß sich im übrigen der Verwirklichung des vorgetragenen Programms Hindernisse in den Weg stellen, die manchen vielleicht unüberwindlich erscheinen werden, ist selbstverständlich.

Nach den Leistungen des deutschen Volkes und seiner Führer in diesem gewaltigsten aller Kriege, gibt es für mich nichts mehr, was wir auf dem Kontinente und angelehnt an unsere Heimaterde nicht vollbringen könnten. Gewiß hat die Politik der letzten Jahre in Warschau manche Zukunftsmöglichkeit in Frage gestellt, gewiß geschehen auch gegenwärtig in Berlin und Warschau Dinge, die unsere spätere Stellung nur erschweren können. Welche Rolle der polnische Staatsrat spielen wird, zu dem sich in großer Zahl Männer der sogenannten russischen Orientierung gedrängt haben, ist noch gar nicht zu übersehen.

Aber an den Grundlagen ist noch nichts so verdorben, daß es nicht korrigiert werden könnte. Daß unsre auf Kompromiß und Verzicht gedrillten Diplomaten von sich aus eine tatkräftige Politik des völkisch gefaßten deutschen Interesses einleiten würden, das darf man selbstverständlich nicht erwarten. Darum bleibt auch nichts anderes übrig, als immer wieder auf die gewaltigen militärischen Interessen, die auf dem Spiele stehen, hinzuweisen und in die Nation, die so Unerhörtes leistete, das Selbstvertrauen hineinzuhämmern, daß sie auch in der Polenfrage alles vollbringen kann, was ihrem Nutzen dienlich ist. Hat die Armee das gewaltige Rußland in Stücke zerlegt, so kann es keine Unmöglichkeit für das deutsche Volk sein, der polnischen Festung die nationale Angriffskraft zu entwinden! Eine unglückliche Lösung der Polenfrage bedeutet nicht nur ein Nachgeben gegen die Polen, sondern, trotz aller herrlicher Siege, eine Niederlage des Deutschtums durch die Slawen. Wohl nirgends mehr wie hier im Angesicht des Ostmarkenproblems gilt für uns Deutsche, für die Urenkel Friedrichs des Großen und die Söhne der Reichsgründer das Dichterwort:

Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen!

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H., Berlin SW 11.